

Danziger Zeitung.

N^o 9012.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 Rth 50 S. — Auswärts 5 Rth. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Kretzschmar u. Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort und S. Engler; in Hamburg: Hasenhein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schäfer.

1875.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Paris, 9. März. In Deputiertenkreisen wird versichert, Buffet habe die Neubildung des Cabinets aufgegeben. Es heißt, die Verhandlungen mit den Gruppen der Linken würden demnächst abgebrochen werden. Andererseits sind aber auch diesem widersprechende Nachrichten im Umlauf. Die Linke hofft noch immer, Herzog Audifret-Pasquier werde das Ministerium des Innern übernehmen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 8. März. Der Nationalrath und der Ständerath sind zur Fortsetzung ihrer Winteression heute wieder zusammengetreten. — Die ägyptische Regierung hat den Velpostvertrag nunmehr ratificirt.

Paris, 8. März. Der Formation des Cabinets hat sich ein neues Hinderniß dadurch entgegen gestellt, daß die Linke, falls das Ministerium des Innern einem Mitgliede des rechten Centrums übertragen werden sollte, die Besetzung eines weiteren Ministeriums aus ihrer Mitte verlangt. Auch der Herzog von Audifret-Pasquier hat nunmehr die Uebernahme des Ministeriums des Innern abgelehnt. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Linke morgen in der Nationalversammlung eine Interpellation über die Verzögerung der Bildung des Ministeriums einzubringen, wenn dieselbe bis dahin nicht vollendet sein sollte.

Washington, 8. März. Gutem Vernehmen nach steht im Laufe dieser Woche eine Ankündigung des Schatzsecretärs Wriston bevor, durch welche weitere 30 Mill. Bonds einberufen werden.

Herrenhaus.

6 Sitzung vom 8. März.

Vorlesung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Auflösung des Lehnverbandes der nach dem Lehnrecht der Kurmark, Altmark und Neumark zu beurteilenden Lehne.

Berichterstatter v. Wedell: Das Gesetz vom 5. Juni 1852 verlangt die Auflösung der Lehnverbände. Es ist also lediglich eine Frage der Zeit, wenn diese Auflösung erfolgt. Bei der Regulierung der künftigen Rechtsverhältnisse der Lehne werden drei Hauptfälle zu unterscheiden, je nachdem die Güter sich noch unverändert im Besitz der berechtigten Familie befinden, oder im Besitz eines Dritten, oder widerrechtlich veräußert worden sind. Es findet sich das Lehn noch im ordentlichen Lehnzange, so wandelt es sich in Allode, und zwar ohne gesetzliche Abfindung, wenn in einem bestimmten Termine keine Agnaten vorhanden resp. gehörig angemeldet sind, oder wenn die vorhandenen und angemeldet sind gültig mit dem Besitzer einig. Findet diese Einigung nicht statt, und ist der Lehnbesitzer beerbt, so tritt die Allodification gegen eine gesetzliche Abfindung von 10 pCt. an die Agnaten ein. Ist er nicht beerbt, so wird die Auflösung des Lehn noch hinausgeschoben, das Lehn als solches vererbt, wo dann die Stellung des neuen Lehnbesizers über die weiteren Schicksale des Guts entscheidet. Ist das Lehn aus dem Lehnzange veräußert, und zwar in erblicher, un widerrücklicher Weise, so wird nach Verschiedenheit der Umstände entweder den Agnaten ihr Revocationsrecht belassen oder dem dritten Erwerber das volle Eigentum gewährt, bald ohne Vergütung, bald mit einer solchen an die Agnaten mit 10 pCt. Geld. Bei der Veräußerung an die Agnaten oder durch antichretische Verpfändung, so bleibt den Agnaten das Wiedererlösungsrecht auf Grund vorhandener Verträge. In allen den Fällen, wo die Auflösung stattfindet, hat der Besitzer die Wahl, ob er diese eintreten lassen oder sein Gut in Fideicommiss verhandeln will. Die Auflösung des Lehnverbandes ist daher, das kann nicht geleugnet werden,

unter Berücksichtigung der Verhältnisse, schonend vorzugehen.

Justizminister Leonhardt: Die Regierung wird sich den Anträgen der Commission gegenüber neutral verhalten, da sie den Wunsch hat, den Anschauungen der lehntragenden Familien der Mark, soweit es die Rücksicht auf das öffentliche Wohl gestattet, Rechnung zu tragen. Einen Widerspruch erhebt sie nur gegen den letzten Theil des § 28: „Diese Umwandlung der Stiftung erfolgt stempelfrei.“ Im Uebrigen finden bei diesen Verhältnissen die Bestimmungen der §§ 3 ff. erst bei dem Ableben des letzten Fideicommissbesizers Anwendung.

In der Specialdiscussio werden § 1, welcher die Auflösung ausspricht, § 2, welcher einen Zeitraum von 4 Jahren von der Gesetzeskraft dieses Gesetzes an gerechnet zur Umwandlung der Lehne freiläßt, §§ 3 bis 5, welche Vorschriften für den Fall enthalten, daß eine solche Umwandlung nicht erfolgt, angenommen. § 9 lautet: Der Lehnmann, in dessen Händen die Lehnseigenschaft aufhört, hat die Wahl, ob er das Lehn 1) gegen eine Abfindung von 10 pCt. des Lehnwerths nach Abzug der Lehnschuld (bei Geldlehen) und Lehnstücken des Capitalwerths in freies Eigentum, oder 2) in ein Fideicommiss für die zur Succession berechtigten Familienmitglieder dergestalt verwandelt, daß er selber in die Stelle des ersten Fideicommissbesizers tritt.

v. Arnim-Kröschendorff beantragt in Nr. 1 statt „10 pCt.“ zu setzen „5 pCt.“. Er begründet diesen Antrag damit, daß in Pommern eine Abfindung von 4 pCt. statgefunden habe. Wenn nun auch die märkischen Agnaten größere Rechte hätten als die pommerschen, so übersteigt doch der Satz von 10 pCt. weitaus das Bedürfnis. Da Redner kein großer Verehrer der Fideicommiss ist, so ist er der Meinung, daß die Gesetzgebung die Allodification nicht ungebührlich erschweren müsse.

v. Klugow hält die Auflösung der Lehnverbände für keinen vorthellhaften Vorgang der Gesetzgebung; glaubt daher, daß man die Verwandlung der Lehne in Allodien nicht so erleichtern müsse, wie es ein Allodisationsgesetz von 5 pCt. thun würde.

Graf Schulenburg-Beckenförde: Der vom Herrn v. Arnim vorgeschlagene niedrige Satz würde es vielen, die jetzt nur mit Widerstreben dem Gesetze zustimmen, ganz unmöglich machen dafür zu stimmen.

Graf Lubow zu Stolberg bemerkt, daß die Institution der Fideicommiss nicht so schädlich sei, wie Dr. v. Arnim glaubt. Der Fideicommiss ist nur so angeordnet, daß er in keiner Provinz bestehen soll. In der Provinz Pommern ist die Fideicommiss wie in Schlesien und trotzdem in der Landwirtschaft dort einen ebenso hohen, vielleicht höheren Standpunkt ein, als in anderen Provinzen und zwar darum, weil sie in der Lage ist, an den Vortheilen und Privilegien des Handels und der Industrie zu participiren.

Graf Rietz-Schwerin. In Pommern ist allerdings der Abfindungssatz auf 4 Proc. festgesetzt, aber wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Güter in Pommern erheblich veräußert sind. In der Mark sollen nun erst die Schulden vom Werthe der Güter abgezogen und davon 10 Proc. als Abfindung gezahlt werden, in Pommern aber werden die 4 Proc. von reinen Werthen gezahlt. Nimmt man den Werth eines Gutes auf 100,000 Thlr., die Schulden auf 75,000 Thlr., so muß in Pommern eine Summe von 4000 Thlr. gezahlt werden, in der Mark bei 10 Proc. 2500 Thlr., bei 5 Proc. nur 1250 Thlr. Der Satz von 5 Proc. ist also jedenfalls zu niedrig.

Der § 9 wird darauf unverändert angenommen. § 14 lautet nach den Vorschlägen der Commission: „Die Verwandlung des Lehnzangs in ein Familienfideicommiss kann nur erfolgen, wenn dabeihin oder mehrere in der Hand desselben Lehnbesizers befindliche Lehne zusammen oder unter Hinzuzählung von Kapitalien beziehungsweise einzelner mit dem Lehnzang wirtschaftlich verbundener Grundstücke einen Reinertrag von 2000 Rth nach Maßgabe eines landüblichen Wirtschaftsaufschlages (§ 51 Th. II. Tit. 4 Allg. Landr.) jährlich gewähren. Von diesem Reinertrage

müssen nach Maßgabe der Vorschrift der §§ 52 u. 53 Th. II. Tit. 4 Allg. Landr. dem Fideicommissbesitzer wenigstens 1000 Rth jährlich verbleiben. Auch findet die beschränkende Vorschrift des § 56 Th. II. Tit. 4 Allg. Landr. nicht statt.“ — Der Stifter ist, sofern nur die Stiftungsurkunde dem § 142 Th. II. Tit. 4 Allg. Landr. entspricht, bezüglich der Festlegung der Successionsordnung auf die in den §§ 145, 146 und 147 l. c. bezeichneten Formen nicht beschränkt. Es ist ihm insbesondere gestattet, festzusetzen, daß der zeitige Fideicommissbesitzer unter mehreren Descendenten oder Seitenverwandten gleichen Grades sich einen Nachfolger durch Testament auswählen, und daß nur dann, wenn er von dieser Befugniß keinen Gebrauch gemacht hat, die ein für allemal feststehende Successionsordnung Platz greift.“ v. Wilsleben beantragt an Stelle des zweiten Alines folgenden Satz anzunehmen: „Es ist dem Stifter, nicht aber dem Fideicommissfolger gestattet, unter mehreren Descendenten oder Seitenverwandten gleichen Grades sich einen Nachfolger durch Testament auszuwählen.“ — In der Debatte wird von den Herren v. Wilsleben, Grafen Brühl und v. Plöb anerkannt, daß ein solches Wahlrecht wohl dem Fideicommissstifter gegeben werden dürfte, aber nicht dem Fideicommissnachfolger, besonders um die Unzulässigkeit von Nachfolgeleistungen bei dem Tode des Besitzers zu vermeiden. Es dürfte sich nicht empfehlen, einem späteren Inhaber des Fideicommisses bis zum letzten Abhange freie Hand zu lassen, um seinen Erben zu bestimmen. — Der § 14 wird mit dem Antrage v. Wilsleben angenommen.

In § 28 wird, um dem vom Justizminister Dr. Leonhardt erhobenen Widerspruch zu begegnen, der Schlußsatz folgendermaßen abgeändert: „Im Uebrigen finden bei diesen Verhältnissen die Bestimmungen der §§ 3 ff. erst bei dem Ableben des letzten Fideicommissbesizers entsprechende Anwendung.“ — Das Gesetz wird darauf im Ganzen angenommen. — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, den 9. März.

Die Provinzialordnungs-Commission hat in ihrer gestrigen Sitzung die erste Lesung des ihrer Berathung unterliegenden Gesetzesentwurfs beendet. Man hatte bis zuletzt die Beschlußfassung über sehr wichtige Bestimmungen ausgesetzt. Vor Allem war noch der Abschnitt des Gesetzes über die Zusammenfassung der Provinzialallodien zu bewältigen, zu welchem zahlreiche Amendements und Petitionen vorlagen. Das Wahlsystem zum Provinzialallodien (bestimmend bilden die Kreistage die Wahlkörper), hat bei einer großen Anzahl von Städten Beunruhigung erregt. Von allen Seiten sind Petitionen eingegangen, welche ein directes Wahlsystem aus den in der Kreisordnung gebildeten Wahlverbänden fordern. Von anderer Seite glaubte man durch die Vereinigung mehrerer Kreise zu Wahlverbänden und durch eine Vermehrung der Vertreter der Stadtkreise den Städten die wünschenswerthe Berücksichtigung sichern zu können. Wir halten jedoch die Besorgnisse der Städte für übertrieben. Die Gegensätze zwischen Stadt und Land sind in der Provinzialverwaltung viel geringer als in den Kreisen und werden nach Erlaß des Gesetzes über die Communalbesteuerung ganz in den Hintergrund treten. In der Commission fand zunächst über sämtliche Amendements eine eingehende Generaldiscussio statt. Sie entschied sich sodann, unter Vermehrung aller anderen Anträge, für das Prinzip der Regierungsvorlage, nach welchem in der Regel jeder Kreis für sich zum Provinzialallodien wählt. In der Specialberathung wurde demnach nach dem Antrage des Referenten Abg. Miquel

nur eine etwas stärkere Vertretung der Stadtkreise (d. h. der Städte, welche einen eigenen Kreis bilden) angenommen. Danach wird in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern und Sachsen jeder Stadtkreis mit 25,000 oder mehr Einwohnern, und in der Provinz Schlesien jeder Stadtkreis mit 40,000 oder mehr Einwohnern drei Abgeordnete zu wählen haben. Für jede über die Zahl von 25,000 beziehungsweise 40,000 Einwohner hinausgehende Vollzahl von 25,000 Einwohnern tritt ein Abgeordneter hinzu. Der Rest des Abschnittes: Ueber die Vollziehung der Wahlen, die Wahlbarkeit zum Abgeordneten, Dauer der Wahlperiode, Ergänzungs- und Ersatzwahlen u. s. w., wurde im Wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Da der Druck der gefaßten Beschlüsse noch gestern bewirkt und somit mündliche Berichterstattung beschlossen ist, so wird die Commission schon heute in die zweite Lesung eintreten, und so kann die Provinzialordnung vor Ostern hoffentlich noch die zweite Lesung im Plenum passiren. Dies ist um so wünschenswerther, als sonst das Zustandekommen des Gesetzes in der gegenwärtigen Session überhaupt zweifelhaft sein würde.

Die Dotations-Commission beschäftigte sich gestern mit den einzelnen kleinen Posten der Dotationen, die Verhandlungen gingen zu sehr ins Specielle, um von allgemeinem Interesse zu sein. Man hegt in der Commission die Hoffnung, daß die beschlossenen Mehrforderungen von der Regierung bewilligt werden würden, bei dem Zuschlag von 4 Millionen Mark für die Unterhaltung der Chaussees erscheint dies nach der Haltung des Finanzministers zweifellos.

Das Gesetz, betreffend den Waldschutz und die Bildung von Waldgenossenschaften stößt in der Bevölkerung und im Abgeordnetenhaus auf viele Bedenken und wird wahrscheinlich erheblich umgestaltet werden.

Der erst vor einigen Tagen eingegangene Gesetzesentwurf wegen Einstellung der Staatsleistungen an die Bischöfe und Geistlichen der römisch-katholischen Kirche soll nicht an eine Commission verwiesen, sondern im Plenum verhandelt werden, dürfte aber freilich mehrere Sitzungen in Anspruch nehmen. Innerhalb der liberalen Fraktionen ist man mit der Vorlage allgemein einverstanden; eine negative Kritik über das Ganze oder einen wesentlichen Theil derselben ist nicht laut geworden. Uebrigens ist man der Ansicht, daß die einschneidende Wirkung des Gesetzes, wenn sie auch Anfangs mehr oder weniger paralysirt werden mag, mit der Zeit sich der liberalen Partei schon fühlbar machen wird. Es dürfte ihnen doch schwer werden, die „katholische Christenheit“ zu bewegen, zu Gunsten des staatsfeindlichen Clerus in Preußen auf die Dauer alljährlich die Summe von 1 bis 1½ Mill. Thln. aus Privatmitteln aufzubringen. Die Vorberathung des Gesetzesentwurfs über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden ist in der betreffenden Commission bis ungefähr zur Hälfte vollendet. Alles in Allem ergibt sich, daß, wenn der Etat, was wohl unzweifelhaft ist, vor Ostern die dritte Lesung passirt, die wichtigsten Gesetzesentwürfe im Abgeordnetenhaus zeitig genug zur Erledigung gelangen werden, um dem Herrenhause genügenden Spielraum zur Berathung derselben zu lassen.

Der katholische freiconservative Reichstagsabgeordnete Graf Fred. Franckenberg-Tillowitz erklärt in der „Post“ einen Aufruf an alle Katholiken

folgt: „Auch in der ausschweifendsten Theater-Ornithologie jenseits der Alpen nicht erlebt worden. Als Caspar dieses merkwürdige, aus der Luft geschossene Gefäß ins Proscaenium schlepte und triumphirend vor den erstarrten Mar hinstellte, brach das Publikum in ein schallendes Gelächter aus.“

Der zweite Act bringt die weiblichen Soli. Die Frauen sangen viel besser als die Männer und hatten im Gegensatz zu diesen ihre Rollen wirklich gelernt; ja das Mädchen hatte sogar eine Ahnung von dem Charakter ihrer Rolle. Leider durfte man sie nicht ansehen; denn sie entkamen neben der schwärmerischen Agathe offenbar einer jüngeren Generation des Chors. Dieses feiste Mädchen hatte auf ihrem weißlichen Gesicht irgendwo ein Schönheitspfälzerchen, dazu ein Schielauge, einen schwarzen Schnurbart, wie ihn die Fahndrache nach erfolgreicher Anwendung der echten Barzweibel tragen, und statt der Augenbrauen einen dito von jener Stärke und Anciennetät, woran man unter Militärs sicher den Rittmeister erkennt. Es ist ein gutes Zeichen für den Kunstinstinct der Italiener, daß sie sich an solche störenden Neußerlichkeiten nicht leicht stoßen, sofern der musikalische Zweck nicht darunter leidet, daß sie zum Beispiel einen solchen Frauenchor, der jedes andere Publikum aus dem Theater vertriebe, eine solche ärmliche Ausstattung oder einen von der Natur bis zur Komik ungünstig ausgerüsteten Solisten ruhig hinnehmen. Wenn man weiß, wie rigoros ein kunstverständiger deutscher Garde-Offizier die Beine einer Primadonna kritisiert, an denen sein Kennerblick einen Fehler entdeckt hat; wenn man bedenkt, wie sehr ähnliche Rückfichten in den Bureaus unserer Intendanten umgehen: so muß man sich gefeßen, daß hier immerhin im Prinzip noch etwas zu lernen wäre. Freilich zur directen Nachahmung möchte ich nicht aufgefordert haben.

Agathen's große Scene erntete starken Applaus, wie das selbst in Italien nicht leicht zu vermeiden

Der „Freischütz“ in Florenz.

Seit mehreren Wochen meldeten große Anschlagzettel den musikalischen Florentinern, daß im Teatro Nuovo demnächst Weber's „Freischütz“ zur ersten Aufführung gelangen werde. Dieses Theater ist eine Anstalt mittleren Ranges, verfügt über ein hübsches geräumiges Haus, eines der besten hiesigen Orchester, das der Societa orchestrale Fiorentina, über einen wenig geschulten Chor und mittelmäßige Solokräfte. Das Arrangement hatte man von der Scala in Mailand adoptirt, welcher die zweifelhafteste Ehre gebührt, diesen „Freischütz“ in Italien eingeführt zu haben. Da die musikalische Bildung der Italiener insofern der Zukunftsstimmung verbannt ist, als sie nichts Gesprochenes in der Oper vertragen können, so hat sich irgend ein Maestro daran gemacht, einen von ebenbürtiger Dichtkraft hergestellten, auf das Nothwendigste beschränkten Auszug des Dialogs als Recitativ zu componiren. Der Vorgang in der deutschen Oper ist aber auf ganz bestimmte, theilweise dem Volksglauben angehörige Voraussetzungen gebaut, mit denen man eben bekannt gemacht werden muß, wenn man den Inhalt verstehen soll. So läßt sich denken, welche eine unflare Geschichte der „Freischütz“ in dieser italienischen Bearbeitung geworden ist, ganz abgesehen davon, daß der Zuhörer nach jeder Nummer von der reichbestetzten musikalischen Tafel Weber's zu einem köstlichen italienischen Wassertrunk gebeten wird und nachgedrungen mithalten muß. Bedenkt man noch, daß die italienischen Theater fast alle nur saisonweise ihr Leben fristen und keinen geschulten Personalstand besitzen, daß schließlich das Teatro Nuovo nicht zu denen gezählt werden kann, die überhaupt einer solchen Aufgabe gewachsen sein möchten, so ist es nicht zu verwundern, daß bei der endlichen Aufführung immer noch das contracte Textbuch das Beste und Verständlichste blieb.

Unter solchen Umständen — schreibt A. Bayersdorfer der „N. Fr. Pr.“ aus Florenz — waren die Erwartungen, die man in hiesigen deutschen Kreisen hegte, nicht groß. Die Aufführung mußte in Folge der üblichen Heisterkeit einiger Künstler ein paar Mal verschoben werden. Gestern, den 2. d., endlich fühlten sich die Herren, die, wie sich nachträglich zeigte, heiser auch nicht schlechter hätten singen können, leidlich disponirt. Das geräumige, mit ziemlicher Eleganz ausgestattete Haus war mit einem disinguirten und weiblicherseits überaus gepugneten Publikum gefüllt. Natürlich sah man viele Deutsche. Das Orchester zählte fünf Bässe und weitere entsprechende Stimmenbesetzung, und war somit der Größe des Hauses und den Anforderungen des Werkes durchaus entsprechend. Auch stand seine musikalische Leistung über Allem, was der Abend sonst noch bringen sollte. Die Duetter wurde vorzüglich gespielt, vom Publikum unter respectvoller Stille angehört und am Schluß da capo verlangt. Diesem Musikstücke war offenbar ein guter Ruf vorhergegangen. Der Anfang war also gut und für den deutschen Zuhörer mehr als ermutigend. Aber es sollte ganz anders kommen. Der Vorhang geht auf, die Bühne ist voller Volk, Kilian tritt vor und thut den Meisterfuchs; Volksjubil, Umzug und Marsch. Aber Alles geht ungeschickt und ärmlich; Action und Gesang sind gleicherweise unsicher, Chor und Orchester suchen sich eine zeitlang vergebens. Aus einer ausgesprochenen Unklarheit über das, was es vorzustellen hat, gelangt das Personal durch die ganze Oper nicht hinaus. — Es kommt Kilian's Spottlied und Chor, voran die Weiber. Himmel, was ist das? Einen Blick auf diesen Frauenchor! Kaltes Grauen faßt die Seele; ein Duzend Medufen, die Lemuren aus „Faust“! Ich weiß wohl, an den sittenstrengen deutschen Hoftheatern will man auch nicht gerne durch einen allzu hübschen Frauenchor die Aufmerksamkeit der jüngeren Zuhörer von der Hauptfahde ablenken.

Aber solche, dem Aussehen nach eben vom Scheintode erstandenen Herren hat man in Deutschland noch nicht auf der Bühne gesehen. Freilich mögen die böhmischen Bauernweiber, welche auf dem Sternschießen, wo Mar nichts getroffen hat, selbstverständlich vornehm waren, auch nicht wie junge Ballerinen ausgesehen haben. Aber dieser „Naturalismus“ geht weit über jede denkbare Wirklichkeit hinaus. Eine solche Summe von Glend und Hässlichkeit, wie sie hier im leuchtengrünen Lampenlichte die Bühne flankirte, wird man nicht leicht wieder beisammen sehen. Doch jangen die ausgehungerten armen Weiber, die sich in ihren alten Tagen noch auf die Bretter gemacht, manchmal recht brav, und das Anfangs erstarrte Auge gewöhnte sich allmählig an den Schrecken ihres Anblicks.

Es kamen die bekannten Scenen. Arrangement und Action lieferten allenthalben den Beweis, daß Niemand wußte, um was es sich handelte, so daß auch die Zuhörer unbehelligt von solcher Einfidit nach Hause gehen konnten. Als der Walzer ankam, dachte ich schon, jetzt würden die Grimmen einen Totentanz mit den Männern entrichten, und erwartete mit Spannung den Effect dieser culturgeschichtlichen Pantomime. Statt dessen hüpfen vier Balletmädchen, mit wenig Feigenblatt angehan, aus den Coulisfen hervor, tanzen ein paar Figuren und verschwanden wieder. Diese geistvolle Neuerung scheint mir ganz im Sinne einiger unserer deutschen Theater zu liegen, und ich möchte diesen hiermit einen Wink gegeben haben. Mar bleibt allein zurück, Samuel erscheint, agirt einen gleichgültigen Alten und ist offenbar ganz im Unklaren über seine eigenen Absichten. Caspar kommt wieder, und Mar schießt nach dem Stöker. Man kennt diese wunder Stelle fast jeder „Freischütz“-Aufführung und weiß, welche sonderbare Gefühlsforten auf den deutschen Theater verhängt und offen als Geier fungiren. Aber eine halbmännische Hentel-Urne mit Hühner-

die sich noch die deutsche Gesinnung bewahrt haben, jetzt gegenüber dem Aufrufe zur Revolution offene Stellung zu nehmen und sich zu organisiren. Wir entnehmen dem Aufrufe folgende martirte Stelle: „Die ultramontane Partei, unter Führung des gegen Preußen unverföhlich erbitterten Bischofs hat es vermocht, die vom Papste noch in jüngster Zeit zu Verhandlungen ausgestreckte Hand — (es ist dies wahr, mögen die Ultramontanen es noch tausend Male abläugnen) — zurückzuziehen und den schändlichen belogenen und betrogenen Greis, der von der Welt künstlich und geistlich abgesperrt wird, zu einer Kundgebung zu verführen, die in ihrem Lager den ungemeinsten Jubel, im Herzen der deutschen Katholiken aber Trauer und Unmuth erweckt hat. Mit Schamerröthen mußte ich lesen, daß das Wort Pius IX., mit welchem er uns preussische Katholiken zum Gehorsam gegen eine Anzahl von Gesetzen, die er sämmtlich und ohne sie genau aufzuführen, oder nur zu nennen für ungültig erklärt, in der katholischen Presse als eine Eingebung des heiligen Geistes, als Machtwort des heiligen Geistes, als bindend für die Gewissen und die ewige Seligkeit, gepriesen wird. Unsere Bischöfe schweigen über diese Encyclica, sie schweigen auch zu solcher unerhörten Blasphemie der Presse. Müßten da nicht endlich die Katholiken, die nicht zum Heerbann der Ultramontanen zählen, ihre Stimmen erheben?“

Daß die Einigung der beiden socialdemokratischen Parteien, welche noch vor 1½ Jahren einander mit den gemeinsten Schimpfwörtern bewarfen, zu Stande kommen wird, ist jetzt gewiß. Die Hauptorgane der beiden Parteien, „Volksstaat“ und „N. Socialdemokrat“, bringen einen gleichlautenden, von den beiderseitigen Parteiführern unterzeichneten Aufruf, „an die Socialdemokraten Deutschlands“, welcher diese zu einem am 23., 24. und 25. Mai in einem noch nicht bezeichneten Orte Mitteldeutschlands stattfindenden Congresse einladet, auf dem die Vereinigung zum Beschluß erhoben und das Programm der neu zu bildenden „Arbeiterpartei“ entworfen werden soll.

In Berlin waren gestern allerlei allarmirende Gerüchte verbreitet, welche auch ihren Weg in die Presse gefunden haben. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus „verbürgter Quelle“ wissen will, hat zwischen dem Berliner Cabinet und dem Cabinet von Versailles neuerdings ein diplomatischer Notenwechsel stattgefunden. Von Seiten der französischen Regierung war beschlossen worden, in diesem Frühjahr probeweise eine große Mobilmachung der französischen Truppen an der Ostgrenze eintreten zu lassen. Herr v. Bülow, der deutsche Militärbevollmächtigte in Paris, welcher diese Nachricht dem Berliner Cabinet übermittelte, hat in Folge dessen dem deutschen Botschafter in Paris, dem Fürsten Hohenlohe, die Weisung überbracht, im Elysee eine Note zu überreichen, des Inhalts, daß Deutschland ebenfalls eine Mobilmachung stattfinden lassen würde, sofern die französische Regierung nicht von ihrem Vorhaben absteht. Deutscherseits ist das VIII. und XV. Armeecorps zur Einberufung in Aussicht genommen worden. Vielleicht hängt hiermit das Verbot der Pferdeausfuhr zusammen, wodurch es Frankreich schwer gemacht werden wird, die beschlagnahmten Truppeneinheiten zur Ausführung zu bringen. Soweit die Meldungen des Berliner Blattes. Wir reproduciren dieselben, weil auch die „Post“, welche officiöse Beziehungen hat und sonst solche allarmirende Mittheilungen nicht zu berücksichtigen pflegt, das Obige gleichfalls ohne jede zureichende Bemerkung zum Abdruck bringt. Auch die Börse war von den Gerüchten afficirt.

Die Bemühungen, in Frankreich ein neues Cabinet zu bilden, gleichen den Arbeiten der Penelope: was Buffet und Dufaure weben, trennt Broglie hinter den Coulissen immer wieder auf. Die Republikaner haben zu der neuen Majorität das Gros gestellt und verlangen nun natürlich eine Berücksichtigung bei der Bildung des Ministeriums. Und sie sind so bescheiden in ihren Ansprüchen! Die Linke und die äußerste Linke leisten vollständig auf Vertretung im Cabinet Verzicht, sie sind zufrieden, wenn nur ihre gemäßigteren Brüder vom linken Centrum zwei bis drei Sitze erhalten. Die Männer der letzten Fraction haben wahrhaftig nichts Revolutionäres an sich, und sie haben eine Anzahl von Kräften, welche dem Ministerium zur Zierde gereichen würden. Sie verlangen etwa nur die Justiz für den schon halb conservativen Dufaure und das Innere oder auch

ist. May und Menchen kommen, um das große Terzett zu singen. Da May nach einigen mißlungenen Versuchen merkt, daß er seinen Theil nicht kann, giebt er es auf und verabschiedet sich nach der Wollschlucht. Diese ist eine echte und gerechte Wollschlucht mit Wasserfall und Cule, von einer deutschen nicht zu unterscheiden. Und nun der Spul! Die italienische Sparfamkeit hätte hier beinahe das Nichtigkeits getroffen, indem sie sich auf Irreführer und farbiges Wetterleuchten beschränkte und durch die Mufft die Hauptwirkung besorgten ließ. Nichts schrecklicher als die kunstreichen Wollschluchten, die so sehr nach Maschinenarbeit schmecken, daß Einem alle Phantasie darüber in die Brüche geht. Das wilde Heer glaubte aber auch der italienische Regisseur dem Publikum nicht vorenthalten zu dürfen. Was er sich wohl darunter gedacht haben mag? Er ließ fünf in Sackleinwand gekleidete Rekruten mit Püschelhauben und Spießen durch die Schlucht ziehen. Stolz und blinzelnd, manchmal stehen bleibend und sich paarweise drängelnd, marschirten diese Schrecklichen über die Bühne, bis sie endlich alle fünf, an der einen Coulisse aufgestaut, das Fallen des Vorhanges erwarteten. Man sieht, im Ausland kann man sich ein deutsches Heer nicht mehr anders als mit Püschelhauben vorstellen, selbst nicht das wilde.

Beim Beginne des dritten Actes sang Agathe die Cavatine, konnte jedoch nicht vernommen werden, weil das Auditorium sich in eine heftige Debatte über die Bedeutung der mysteriösen Püschelhauben verhasst hatte. Das muntere Menchen kommt und vertriebt der aus irgend einem unbekannt gebliebenen Grunde trostlosen Agathe die Grillen. Die Geschichte vom Kettenhund Nero singt sie jedoch nicht; derselbe wird nur stummerweise von dem Textbuche als fide Azor dem Publikum vorstellig gemacht. Jetzt stürzen die Phosphoren als Brautjungfern herein und singen den Jungferntanz. Von solchen Lippen mag er wohl noch nie

die Finanzen für Leon Say. Von dem Besten will aber Mac Mahon durchaus nichts wissen, er ist ihm „zu radical“. Besonders das Ministerium des Innern müsse einem conservativen Manne übergeben werden, der für die nötige „Ordnung“ sorgt. Die Linke würde sich schon mit dem Orléanisten Audiffret begnügen, aber dieser ist dem Marschall persönlich zuwider, weil er mit ihm einmal eine kleine Scene gehabt. Mac Mahon scheint jetzt geneigt zu sein, die ganze linke Seite des Hauses unberücksichtigt oder doch nur durch irgend eine Null vertreten zu lassen. Man spricht davon, daß er die berüchtigten Wütheriche für die „moralische Ordnung“ in die Regierung berufen wolle, u. A. den Präfecten Ducros in Lyon, den eifrigen Verfolger der Freidenker und Republikaner. Die Fügbarkeit, welche der Führer der neuen Majorität dem Marschall gegenüber trotz der brüskten Behandlung beweisen, die er ihnen zu Theil werden läßt, sind ein neuer Beweis, daß die Herrschaft in Frankreich nicht mehr in der Nationalversammlung, sondern schon auf dem Säbel beruht.

Deutschland.

N. Berlin, 8. März. Die Commission für die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden erledigte heute den Abschnitt über die Gemeindevertretung Betreffs der Gegenstände, bei welchen die Gemeindevertretung mitzuwirken hat, hatte Abg. Petri einen Zusatz beantragt, dessen Sinn dahin ging, daß der Kirchenvorstand über einen gewissen Prozentsatz hinaus keine Gelder für Zwecke außerhalb der lokalen Kirchenbedürfnisse soll ausgeben dürfen ohne Genehmigung der Gemeindevertretung. Es war hier an die Sammlungen für Bischof, Papst, Klöster, Katholikenvereine u. s. w. gedacht. Der Reg.-Commissar erläuterte das Fehlen einer solchen Bestimmung daraus, daß ursprünglich in dem Gesetzentwurf das Staatsaufsichtsrecht mitgeordnet und hier alle Ausgaben der Gemeinde für außer ihr liegende Zwecke an die Staatsgenehmigung geknüpft worden seien. Mit Rücksicht darauf, daß es notwendig sei, diese Staatsgenehmigung an einer späteren Stelle des Gesetzes einzufügen, wurde die Mitwirkung der Gemeindevertretung fallen gelassen. Der wichtigste Befehl war dann noch die Annahme des Antrages des Referenten zu § 25. Nach der Vorlage steht die Gemeindevertretung dem geschäftsführenden Kirchenvorstand als controlirende Behörde gegenüber. Dem entsprechend bestimmt auch die Vorlage, daß die Gemeindevertretung ihren Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu wählen hat. Der Referent schlug statt dessen vor: „Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes ist auch Vorsitzender der Gemeindevertretung mit dem Rechte des Stichtescheides. Die übrigen Kirchenvorsteher sind als Beisitzer ohne Stimmrecht zur Theilnahme an der Sitzung berechtigt. Der stellvertretende Vorsitzende wird von der Gemeindevertretung aus ihrer Mitte gewählt.“ Entgegen dem lebhaften Widerspruch der Vertreter der Regierung wurde dieser Antrag mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen, indem diesmal die rheinischen Liberalen zum größeren Theil mit den sonstigen Gegnern des Gesetzes zustimmten. Die letzteren nahmen den Antrag des Referenten an, weil es ihnen lieb war, die Gemeindevertretung zu einem erweiterten Kirchenvorstand zu machen und ihre Selbständigkeit herabzudrücken. Der Referent ging bei seinen Motiven davon aus, daß zwei sich selbständig gegenüberstehende Körperschaften erfahrungsmäßig zu Reibungen kämen, welche die Verwaltung hemmten, und daß diesem Dualismus durch die Einheit des Vorstandes für beide wesentlich vorgebeugt werde. In dem nächsten Paragraphen gelang es dann noch durch ein Amendement Bräuel, den Pfarrer als Kirchenvorstandsmittelglied in die Gemeindevertretung hereinzuführen. Die heutigen Beschlüsse stellen das Verhältnis zwischen Kirchenvorstand und Gemeindevertretung, wie es in der Regierungsvorlage gedacht war, unserer Ansicht nach auf den Kopf und bedrohen die selbständige controlirende Stellung der Gemeindevertretung in sehr bedenklicher Weise.

Die nächste Volkszählung findet am 1. December d. J. statt, und zwar nach den Grundsätzen, welche im Bundesrathe beschlossen worden sind. Diese Volkszählung wird nur im beschränkten Maße stattfinden, wie dies in der Hälfte jedes Jahrzehnts fortan immer der Fall sein soll, während am Schlusse jedes Jahrzehnts (zunächst also 1880)

getönt haben. Das Orchester spielt jetzt erst das Vorspiel zum letzten Act, und der Jägerchor folgt, von einem überaus starken Männerchor gefolgt. Er wird zweimal da capo verlangt; denn der Italiener liebt es, sich ein Stück so lange vorzuspielen zu lassen, bis er es pfeifen kann. Lernet er es das erste Mal, so erparnt er sich die Eintrittskosten für eine zweite Vorstellung. Es folgte nun ein überraschendes Intermezzo. Statt daß die Handlung ihren Fortgang nimmt, erscheinen die vorerwähnten vier Ballettänzerinnen wieder, vermehrt um vier Duplicate, tanzen ein Ballet, wozu das Orchester Weber's „Aufforderung zum Tanze“ spielt, ziehen sich dann in den kühlen Wald zurück und hinterlassen im Zuschauer die Befürchtung eines achtfachen gewaltigen Stockknipfens.

Nach dieser so geistreich angebrachten und auf die Handlung förderlich wirkenden Einlage tritt der Fürst hervor und befiehlt den Probeschuß. Es ist, wie das bei dieser Rolle merkwürdigerweise fast auf vielen Theatern üblich ist, ein gepugter junger Mensch, der nichts kann und der sofort, wie er den ersten Ton von sich giebt, von einigen persönlichen Widersachern, die offenbar auf diesen Moment gelauert hatten, demonstrativ ausgelacht wird. Solches bewegt ihn, für die Folge so leise zu singen, daß man es nur noch sieht, nicht mehr hört. May schießt, Agathe, gefolgt von Menchen und dem Chor der Eumeniden, auf der andern Seite der getroffenen Caspar stürzen in den Vordergrund. Agathe erwacht aus der Ohnmacht und Caspar stirbt. Zum letzten Mal erscheint jetzt Samiel und steht in vollkommener Rathlosigkeit händeringend vor der Leiche. Die ganze weitere Entwicklung bis zum Schlusse wird nun sinnlos Weise übersprungen, und der aufstretende Eremit singt sofort das Schlusßgebet, in welches Fürst und Volk, Chor und Soli und, ich glaube, auch der todt Caspar und Samiel mit einstimmen, und der Vorhang fällt.

eine Volkszählung im ausgedehnten Umfange erfolgen wird. Die in diesem Jahre anberaumte gewinnt indessen eine besondere Bedeutung dadurch, daß zum ersten Male eine Gewerbe-Statistik aufgenommen werden soll. Im R. statistischen Bureau zu Berlin werden bereits Vorkehrungen getroffen.

V. Aus Mecklenburg, 7. März. In der Versammlung des mecklenburgischen Canalvereins berichtete M. Wiggers, daß auf Grund eines technischen Beweises ein Canal von Rostock bis Berlin in einer ununterbrochenen Tiefe von 2 Metern für Schiffe bis zu 6000 Ctr. Tragfähigkeit zu verhältnismäßig geringen Kosten ausführbar ist. Das Comité hat das ganze Project mit den Originalarten, Profilen und Plänen an den Handelsminister gesandt und in der Eingabe die Bitte ausgesprochen, das Unternehmen mit Staatsmitteln unterstützen und sich mit den mecklenburgischen Regierungen in's Einvernehmen setzen zu wollen.

München, 8. März. Wie die „Südb. Pr.“ aus guter Quelle vernimmt, wird das heute in Folge der Haltung der patriotischen Partei von der Abgeordnetenversammlung abgelehnte bayerische Militärpensionsgesetz in der nächsten Session des deutschen Reichstages von bayerischen liberalen Reichstags-Abgeordneten als Reichsgesetz eingebracht werden.

Schweiz.

Bern, 4. März. Wie man vernimmt, wird die Regierung des Cantons Bern auf den letzten Bericht des Regierungstatthalters über den Stand der Dinge im Jura, welcher bekanntlich im Allgemeinen nicht ungünstig lautete, sobald mit der Wahl der katholischen Synode, welche das neue Kirchengesetz vorschreibt und am 14. d. M. stattfinden soll, die dortige Kirchenorganisation endgültig vollzogen sein wird, demnächst ihre über die rentierte jurassische Geistlichkeit zeitweilig verhängte Internirungsmaßregel wieder aufheben. Des Ferneren versichert man, daß der Bundesrath den eigentlichen Mäthen in der nächsten Juni-Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Bildung oder Trennung von Religionsgenossenschaften zur Berathung vorlegen wird, mit welchem er Conflicten, wie augenblicklich über das Eigentumsrecht an der katholischen Kirche in Bern und an der Kirche Notre-Dame in Genf im Gange sind, vorzubeugen hofft. Endlich wird er auch nähere gesetzliche Bestimmungen über die Ausführung des letzten Alinea des Art. 49 der Bundesverfassung beantragen, nach welchem Niemand gehalten ist, Steuern zu bezahlen, welche speciell für eigentliche Cultuszwecke einer Religionsgenossenschaft, der er nicht angehört, auferlegt werden. Was den zuerst erwähnten Gesetzentwurf betrifft, so dürfte dem Bunde die Competenz zu einem solchen bestritten werden, da Art. 50 der Bundesverfassung in solchen Streitfällen den Recurs an das Bundesgericht als den Weg zur Ausgleichung anweist, während die nähere Ausführung des letzten Alinea des Art. 49 ausdrücklich in diesem Artikel der Bundesgesetzgebung vorbehalten ist.

Frankreich.

Paris, 6. März. Nach Beendigung der ministeriellen Krisis soll der Kammer ein organisches Gesetz über den Senat vorgelegt werden, um die zahlreichen Lücken auszufüllen, welche das Gesetz Wallon enthält. Der neue Gesetzentwurf enthält 15 Artikel. — Die Gouverneure von Paris, General Camille und General Saget, die von einer großen Anzahl von Offizieren und Ingenieuren begleitet waren, wohnten gestern auf dem Bahnhof von Pantin bei Paris Versuchen mit dem Auf- und Abblenden von Artilleriegeräth bei. Dieselben sollen sehr gute Resultate geliefert haben. — Eine Frau Miani hat den Jesuiten der Rue Baugirard ein großes Terrain in der Nähe der Place de l'Europe zum Geschenk gemacht. Dieselben werden dort eine neue Erziehungsanstalt errichten.

— 7. März. Der Herzog v. Aumale, Commandant des 7. Armeecorps, hat das in Belfort erscheinende Blatt „Libéral de l'Est“ wegen eines für Preußen beleidigenden Liebes auf 14 Tage suspendirt.

Spanien.

— Ein Berichterstatter der „Ball Mall Gazette“ schreibt aus Madrid: „Der bevorstehende Antritt der verwitweten Gräfin von Argenti, einer fanatischen, stolzen und reactionären Prinzessin, wird außerhalb des Palastes mit Mißvergnügen und vom Könige nicht mit ungemischter Freude entgegengenommen. Aber die Königin wünscht es und der Staat erleidet dadurch eine schwere Ausgabe. Die spanischen Liberalen, welche von den reactionären Neigungen des neuen Regiments erschreckt sind, bemühen sich, ihre zerstreuten Gruppen zu sammeln und sich auf zukünftige Vorkommnisse gefaßt zu halten. Der Triumph der Republikaner in Frankreich wird von ihnen für ein glückverheißendes Ereigniß angesehen; indeß muß die spanische Regierung so lange eine despotische bleiben, als sie sich auf das Heer stützt und die Cortes nicht zusammenzurufen sind. Wenn der Herzog von Montpensier hierher kommt, vermöchte er seinem Neffen von großem Nutzen sein, wofür er sich entschliesse, an denselben loyal zu handeln; aber weder die unwürdige Gier, mit der er nach der Enthronung seiner unglücklichen Schwägerin die spanische Krone erprobte, noch auch seine frühere enge Verbindung mit der Partei Serrano's hat man bis jetzt vergessen. Was Serrano, den Mann, der die Vertreibung der Bourbonen veranlaßte, betrifft, so glaubt er schon die Zeit nahe, wann der junge König genöthigt sein wird, seine Unterstützung zu suchen.“

England.

London, 6. März. Für Tipperary ist neben Mitchell nun doch noch ein anderer Candidat aufgetreten: ein Mr. Stephen Moore, der sich einen Conservativen nennt und vorerst so klug war, sich nicht persönlich auf den Kampfplatz zu wagen, sondern seine Candidatur schriftlich anzeigt. In der betreffenden Zuschrift an die Wähler legt er vorerst kein Glaubensbekenntnis ab, sondern meldet ihnen nur einfach, daß er sich um den Wahlbezirk bewerbe, nachdem Mitchell als entfloherener Verbrecher vom Parlamente zurückgewiesen worden sei. In Bezug auf Mitchell und seine Aufstandsgenossen im Jahre 1848 erinnert der „Scotsman“ an ein interessantes Actenstück aus jener Zeit. So groß war die Leidenschaftlichkeit der irischen Conföderationsführer jener Zeit, daß zweieinzwanzig derselben, unter ihnen auch Mitchell, folgenden Schwur veröffent-

lichten: „Wir, die Unterzeichneten, Mitglieder des Rathes der irischen Conföderation, verpflichten uns auf das heiligste und Angefichts unseres Landes, von heute an bis zur Herstellung der legislativen Unabhängigkeit Irlands dem Genuße aller berauschenden Getränke zu entsagen.“

— Die Regierung hat ihre Vertreter in Deutschland, Oesterreich und anderwärts mit Berichterstattung über Ackerbauschulen und landwirthschaftliche Versuchsstationen beauftragt, behufs eventueller Nachahmung in England.

— 8. März. Der General Sir Hope Grant ist gestorben. — Ein von 26 englischen Bischöfen unterzeichneter Aufruf an die Mitglieder der Hochkirche spricht sich gegen die Bestrebungen der ritualistischen Partei aus, welche unentbehrlich eine Entfernung der Geistlichen und Laien hervorgerufen hätten und betont, daß ein enger Anschluß der Laienschaft und der Geistlichkeit an einander geboten erscheine, um gemeinsam den romanisirenden Tendenzen jener Partei entgegenzutreten und ihnen gegenüber die Grundsätze der Reformation innerhalb der Hochkirche zur Geltung zu bringen.

Schweden.

Stockholm, 1. März. In einer mit über 1200 Unterchriften versehenen Petition find die Methodisten beim Cultus-Ministerium eingekommen, daß sie als besondere Kirchengemeinde anerkannt werden, ihren Priestern gestattet wird, Trauungen vorzunehmen und die einzelnen Gemeinden berechtigt sind, festes Eigenthum in Schweden zu besitzen. Ferner möge derjenige, welcher zu ihrer Gemeinde übertritt und ein öffentliches Amt bekleidet, seine Stelle beibehalten, ohne deshalb beim Könige besonders petitioniren zu müssen.

Danzig, 9. März.

* Die hiesige rechtstädtische Mittelschule wird morgen Vormittag die öffentliche Prüfung ihrer Schüler abhalten. Nach dem von Herrn Dr. Peters abgegebenen 15. Berichte beträgt gegenwärtig die Schülerzahl 280; davon befinden sich 37 in der 1., 67 in der 2., 66 in der 3. und 60 in der 4. Klasse; neu aufgenommen wurden 67 Schüler, 61 haben die Schule verlassen; eine große Zahl der sich Meldenden mußte auch in diesem Jahre zurückgewiesen werden. Das gegenwärtige Schuljahr wird am 24. März geschlossen, es neue beginnt am 5. April.

* In der gestrigen Versammlung des Bildungsvereins las Herr Dr. Realschul-Lehrer Dr. Weidemann den ältesten Stoff der Nibelungen-Sage, den die Deutschen bei ihrer Einwanderung aus Asien wahrscheinlich schon mitgebracht haben. Derselbe erzählte dann einzelne Theile der Edda, die spätere Sage vom Hain Guntar und schloß mit dem Vortrag eines Theiles des Jordan'schen Nibelungen-Epos. Demnach wurde eine Anzahl von Fragen aus dem Gebiet der Gesetzkunde, der Gesundheitspflege, Naturwissenschaft und Geschichte beantwortet. Die Versammlung war auch von den Angehörigen der Mittelschule zahlreich besucht.

* Neben den hier bereits bestehenden drei Kinderärzten soll zum 1. April noch ein neuer auf Kangarten in's Leben treten, der zwar ein Privatunternehmer ist, aber doch unter dem Schutze des hiesigen Kinderversins stehen wird. Den Wünschen dieser Eltern entgegenkommend, wird hier der größeren Eltern, neben der Anleitung in den hiesigen Beschäftigungen und Spielen, auch der erste Unterricht theil werden, und da Jünglinge der inneren Stadt und den dort befindlichen Anstalten ziemlich fern liegt, läßt sich wohl annehmen, daß dieses neue Unternehmen vielen Eltern willkommen sein und sich einer regen Theilnahme erfreuen wird.

* In der diesjährigen Generalversammlung des Vereins zur Unterstützung bedürftiger hiesiger Lehrerwitwen wurde von dem 1. Vorsitzenden und Reudanten des Vereins, Herrn Hauptlehrer Staberow, nachstehender Bericht erstattet: Der im Jahre 1852 hieselbst von Lehrerfrauen gestiftete Verein zur Unterstützung bedürftiger hiesiger Volksschullehrerwitwen hatte im vergangenen Vereinsjahre von 145 Mitgliedern, darunter 85 Lehrer und 12 Lehrerinnen, eine Einnahme von 160 R. Es wurden 16 Lehrerwitwen 11 Monate und 17 Lehrerwitwen 1 Monat mit je monatlich 1 R. unterstützt. Demnach betrug die Jahresausgabe 193 R. und es mußten, um die Jahresausgabe zu decken, 33 R. aus dem durch Concerte, Gebildeten kleinen Reservefonds genommen werden. Damit der Verein, der während seines 23jährigen Bestehens ca. 3300 R. an bedürftige Lehrerwitwen vertheilt hat, auch für die Zukunft seine wohlthätige Thätigkeit entfalten und allen an ihn gerichteten Unterstützungsgesuchen genügen kann, ist ihm eine größere Vergrößerung sehr zu wünschen. Darnach muß hervorgehoben werden, daß unter den 48 Mitgliedern, die meistens dem Kaufmannstande angehören, sich viele Herren befinden, die seit Begründung des Vereins für den wohlthätigen Zweck ihre Beiträge gern spendet haben. Mögen sie auch für die Zukunft ihre Hand demselben nicht entziehen und viele Nachahmer finden. — Neue Beitragsverpflichtungen nimmt bereitwillig entgegen der jetzige Vorstand, bestehend aus den Lehrerfrauen Pawlowski (St. Albrecht), Buschlow (Schwarzmeier) und den Lehrern Ditz (Spenndamm) und Staberow (St. Petri-Kirchhof Nr. 4).

* In der gestrigen Sitzung der Kreisgericht-Deputation wurden gegen den Redacteur der „Danz. Volks-Ztg.“, Hr. Bollmann, verhängene Anlagen wegen Verleumdung durch die Presse verhandelt, und zwar wegen eines Artikels in No. 8 der 4. Zeitung gegen den Lieutenant Damm (vom 2. Oberstl. Inf.-Regt. No. 23, commandirt zur Dienstleistung bei der Inf. der hies. Gewerksfabrik) und den Commandeur des Füsilier-Regiments No. 33, ferner wegen eines Artikels in No. 1 derselben Zeitung gegen den Stadt- und Kreisrichter Dr. Meißner; den im letzten Artikel beschriebenen Vorfall hat auch das hiesige „Dampfschiff“ aufgenommen, in dem es auch den Redacteur Hr. E. v. Roening Aufnahme erhalten ist. Dr. Bollmann machte den Einwand der Wahrheit und die von ihm in den 4. Artikeln behaupteten Umstände sind allerdings durch den oben genannten Entlassungsbeweis erwiesen, aber die Urtheile darüber sind nach der Ansicht des Gerichtshofes beilegend. Er verurtheilte u. Bollmann zu 75 R. event. 5 Tagen Gefängnis, den v. Roening zu 30 R. event. 2 Tagen Gefängnis und ertheilte den Beileidigten auch die Befugniß zur Publikation des Urtheils.

Marienwerder, 7. März. Dr. Regierungs-Schulrath Senke wird, wie der „G.“ hört, auf seinen Antrag an die Regierung zu Danzig versetzt werden.

Thorn, 8. März. Auf heute war ein außerordentlicher Kreistag einberufen. Es wurde zuerst die von Hr. Steinbart-Pr. Kante vorgetragene Petition für die Theilung der Provinz Preußen einstimmig angenommen; zur Ausarbeitung der dazu gehörigen Denkschrift wurde eine Commission, bestehend aus den Herren Steinbart, Lambert, Kalschki-Endorfs und Dr. Meyer erwählt. Diese Commission soll auch möglichst für geeignete Verbreitung der Denkschrift und Petition sorgen, welche beide dem Abgeordneten wie dem Herrenhause einzureichen sind. Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung wurde der von dem Sen. Landrath gefertigte Entwurf einer Petition an

